

## **Protokoll**

der 40. Bezirksamtssitzung 2016 am 11.10.2016 um 09.00 Uhr im Rathaus, Raum 114

Beginn der Sitzung: 09.00 Uhr

Ende der Sitzung: 10.50 Uhr

### **Anwesenheit:**

Frau Monteiro	- BzBmin
Herr Dr. Prüfer	- BzStR BÜDOrdImm (ab 10 Uhr)
Herr Nünthel	- BzStR Stadt
Frau Dr. Obermeyer	- BzStRin JugGes
Frau Beurich	- BzStRin BiKuSozSp
Herr Heymann	- SPK L (i.V. f. StD L)
Herr Heiermann	- RA L
Frau Beau	- BzBmin BL

zu TOP 3

Herr Pohlmann - SenStadt V AbtL

## **Teil A**

### **Zu TOP 1 - Bestätigung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wurde bestätigt.

### **Zu TOP 2 – Protokollbestätigung und –kontrolle der 39. Sitzung vom 04.10.2016**

Das Protokoll wurde mit Änderungen bestätigt. Die Änderungen sind eingearbeitet.  
Das Protokoll wird im Internet veröffentlicht.

### **Zu TOP 3 – Situation Geflüchteter, u.a. Information zum Bauvorhaben MUF Wartenberger Straße 120**

Nach Begrüßung und kurzer Einführung durch BzBmin stellt SenStadt V AbtL das Vorhaben Errichtung einer MUF an der Wartenberger Straße vor. Er berichtet, dass für die MUF ein Typenentwurf entwickelt wurde und im Land Berlin 10 Unterkünfte dieser Art gebaut werden und dauerhaft als Gemeinschaftsunterkünfte genutzt werden sollen. Die Präsentation wird zur Verfügung gestellt.

BzStR Stadt bittet noch um Klärung des gewaltsamen Zutritts am Standort, SenStadt V AbtL sagt dieses zu.

BzStRin JugGes fragt bei BzStR Stadt nach, ab welchem Zeitpunkt das Gesundheitsamt z.B. zum Thema Trinkwasser bei solchen Baumaßnahmen eingebunden wird. BzStR Stadt verweist darauf, dass der Bezirk in das gesamte Genehmigungsverfahren nicht eingebunden ist und SenStadt die zuständige Behörde ist.

BzBmin informiert über die Sondersituation in der Unterkunft Bornitzstraße – Bauarbeiten während der Belegung, Senat hat die Zahlungen an den Betreiber für einen Teil der Bewohner eingestellt, d.h. für diese gibt es auch keine Essensversorgung mehr. Die

Übergabe der Unterkunft an die Volkssolidarität ist vorerst gescheitert, der Bezirk wurde dazu nicht informiert. Vorgeschlagen wird gemeinsames Gespräch mit dem LAF, der PeWoBe, den Ehrenamtlichen und Vertretern der Geflüchteten. BzBmin koordiniert diesen Termin. BzStRin JugGes informiert, dass die Volkssolidarität als zukünftiger Betreiber das Gesundheitsamt aufgefordert hat, einen Gesundheitscheck bei den Bewohnern vorzunehmen.

BzBmin spricht die neuen Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen (FIM) an und fragt, ob es Träger oder Vereine gibt, die solche Projekte umsetzen können und ob das BA eigene Maßnahmen umsetzen will. Sie bittet die BA-Mitglieder um Meldung dazu bis zur nächsten BA-Sitzung. BzBmin BL 1 sendet dazu eine Mail an alle BA-Mitglieder. Das Thema wird in der nächsten BA-Sitzung wieder aufgerufen.

BzBmin thematisiert den Entwurf zum Maßnahmenplan Integrationsfonds 2017. Der aktuelle Stand wird an alle BA-Mitglieder übersandt. Der Integrationsfonds 2017 wird nächste Woche in der BA-Sitzung besprochen, am 25.10.16 tagt dazu, wie verabredet, die Jury.

Beim Tempohome Wollenberger Straße wird die Kapazität um die Hälfte reduziert, die Fertigstellung soll Ende Oktober sein. Wenn der Betreiber feststeht, soll ein Tag der offenen Tür stattfinden. Der Umzug der Bewohner der Sporthalle Treskowallee in das Tempohome Zossener Straße (Marzahn) ist ebenfalls für Ende Oktober geplant.

In der Orankestraße soll es nach Auskunft der Integrationsbeauftragten einen bewohnten Kellerraum geben. BüD AL bemüht sich mit Stadt AL um Klärung, bisher gibt es noch keine Rückmeldung dazu.

#### **Zu TOP 4 – Auswertung der 72. Sitzung des RdB vom 06.10.2016**

TOP wurde besprochen.

#### **Zu TOP 5 - Berichte aus den Abteilungen**

Abt. BiKuSozSp  
Frau Beurich

1. BzStR'in BiKuSozSp informiert über das Gespräch mit dem Träger Kappe e.V.

Abt. Stadt  
Herr Nünthel

1. informiert zu einer Nachfrage, die er an SenFin gerichtet hat, wonach dass zusätzliche Personal für die „B-Plan-Fabrik“ wie bezirkseigenes Personal in der KLR erfasst wird. Er übersendet das Schreiben an BzBmin.
2. berichtet von der FAN-Konferenz, die sich in der letzten Woche mit dem Thema Wohnen befasste.
3. informiert über eine Demonstration zur Paul-Zobel-Str., die am letzten Donnerstag vor dem Gebäude der HOWOGE stattfand. Die HOWOGE informierte über einen Beschluss des Aufsichtsrates, der bestätigt, dass sie vom geplanten Wohnungsbau nicht abrücken werde.
4. berichtet über die Einweihung der Plansche im Fennpfuhlpark in der letzten Woche.
5. spricht den BVV-Beschluss DS/2128/VII zum Schulstandort an der Rummelsburger Bucht an. SenStadt fordert, das entsprechende B-Plan-Verfahren zur Festsetzung zu bringen. Problematisch ist, dass im letzten Jahr unter Bürgerbeteiligung die Gestaltung der öffentlichen Fläche mit dem Bauträger des „Wasserhauses“ erarbeitet wurde. Der Vertrag zur Umsetzung dieses Vorhaben liegt nun vor. Das gesamte Vorhaben steht allerdings im Widerspruch zur BVV-Drucksache, da die Fläche für

den Schulbedarf identisch mit der Fläche des Bauträgers ist. BzStR Stadt fragt RA L zur Möglichkeit des Vertragsabschlusses, die dieser verneint. RA L bietet eine schriftliche Beurteilung dieser Frage an. BzBmin bittet um formale Anmeldung des Schulbedarfs sowie um Übersendung des Schreibens an den Finanzsenator.

#### Abt. JugGes

Frau Dr. Obermeyer

1. berichtet, dass der RdB-Ausschuss Jugend in der letzten Woche getagt hat. Einziger Tagesordnungspunkt war die Strategie gegen Kinderarmut.
2. informiert, dass in der letzten Woche mit tatkräftiger Unterstützung durch die Kooperationspartner SANA und KEH der Fachtag „Gesund alt werden in Lichtenberg“ stattfand. Schwerpunkt war das Thema Bewegung.
3. berichtet von der 4. Kinderkonferenz, die in der letzten Woche zum Thema Artikulation von Kinderrechten durch Kinder im Humboldt-Haus stattfand.

#### Abt. BüDOrdlmm

Herr Dr. Prüfer

1. wird sich am 13.10. in der KultSchule zu Entwicklungskonzepten informieren. Er berichtet nächste Woche dazu. Der Vertrag mit der GSE läuft noch bis nächstes Jahr.
2. erläutert das langwierige Verfahren zur „Rückholung“ des Grundstücks Welsestraße 1-3 in den Bezirk, welches sich bis Februar hinziehen kann. Er bemüht sich um eine schnellere Klärung.
3. spricht den Weihnachtsbaum für den Rathausvorplatz an. Die bisherigen Angebote sind räumlich zu weit entfernt oder aus anderen Gründen nicht umsetzbar, bisher wurde noch keine Lösung gefunden.

#### **Zu TOP 6 - Informationen BzBmin**

1. informiert zum Statusbericht Haushalt Stand 30.08.2016, nach dem zum Ende des Haushaltsjahres 2016 ein Überschuss von ca. 3 Mio. € zu erwarten wäre.
2. spricht das Festival of Lights an, in dessen Reihe „Kiez im Licht“ am Freitag, 14.10. von 19-24 Uhr das Rathaus Lichtenberg beleuchtet wird. Zur Einstimmung gibt es um 19 Uhr ein musikalisches Programm.
3. wird am 01./02.11. in Warschau gemeinsam mit SPK L und PartB den Partnerschaftsvertrag unterzeichnen.
4. informiert, dass der Tierpark einen Antrag auf Fristverlängerung bis September 2019 zur Ausführung der behindertengerechten Zuwegung zur Tierparkschule gestellt hat.
5. berichtet, dass es Absprachen zum geplanten Empowerment- Workshop mit behinderten Mädchen und Frauen aus Lichtenberg zum Anti-Gewalt-Tag gegen Frauen gab.
6. informiert über das Abstimmungstreffen zur Gründung eines Städtepartner-Vereins. BzStR BüDOrdlmm ergänzt, dass die Tafel zu den Partnerstädten fertiggestellt ist und angebracht werden kann

## Teil B

### **TOP 7 - BA-Vorlage 317/2016 – Bebauungsplan 11-125 - Aufstellungsbeschluss** **Arbeitstitel: „Wohnsiedlung Ilsestraße“**

*Die Vorlage wurde beschlossen.*

#### **Beschluss-Nr. 7/313/2016**

Das Bezirksamt beschließt:

a) Für das Gelände zwischen Ilsestraße, Karlshorster Schule, Lisztstraße und Marksburgstraße im Bezirk Lichtenberg, Ortsteil Karlshorst einen Bebauungsplan mit der Bezeichnung 11-125 im vereinfachten Verfahren gemäß § 13a BauGB aufzustellen.

Die wesentlichen Planungsziele sind:

- Sicherung der nicht überbaubaren Grundstücksfläche sowie
- Sicherung der Art und des Maßes der baulichen Nutzung.

#### **Anlage 1: Räumlicher Geltungsbereich des Bebauungsplan-Entwurfes 11-125**

b) Für den Bebauungsplan-Entwurf 11-125 die Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB durchzuführen und parallel die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zum Planentwurf und der Begründung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB einzuholen.

c) Mit der Durchführung der Beschlüsse zu a) und b) den Fachbereich Stadtplanung zu beauftragen.

d) Die Vorlage in der beiliegenden Fassung der BVV zur Kenntnis zu geben.

### **TOP 8 - BA-Vorlage 318/2016 – Erteilung einer Generalprozessvollmacht für Frau Obermagistratsrätin Kerstin Helms und Widerruf der Generalprozessvollmacht für Frau Obermagistratsrätin Dorothee Göthe**

*Die Vorlage wurde beschlossen.*

#### **Beschluss-Nr. 7/314/2016**

Das Bezirksamt beschließt:

In Abänderung des Bezirksamtsbeschlusses vom 09.01.2001 (Vorlage 8/01) wird die Generalprozessvollmacht für Frau Obermagistratsrätin Dorothee Göthe widerrufen. Gleichzeitig wird Frau Obermagistratsrätin Kerstin Helms Generalprozessvollmacht erteilt.

### **TOP 9 - BA-Vorlage 319/2016 – Anpassung des Kiezfonds ab dem Haushaltsjahr 2017**

*Die Vorlage wurde beschlossen.*

#### **Beschluss-Nr. 7/315/2016**

Das Bezirksamt beschließt:

die Erhöhung der Ausstattung des Kiezfonds gem. „Rahmenregelung zur Vergabe des Kiezfonds durch eine Bürgerjury“ vom 28.06.2012 auf jährlich 10 T€ pro Stadtteil ab dem Haushaltsjahr 2017.

die Vorlage in der beiliegenden Fassung der BVV zur Kenntnis zu geben.

**Beau**  
Protokollantin

**Monteiro**  
Bezirksbürgermeisterin